

EIN NEUES EUROPA.

EIN STARKES EUROPA.

UNSER EUROPA.

LEITANTRAG

ZUM 41. ORDENTLICHEN BEZIRKSTAG

DER JUNGEN UNION SÜDBADEN

AM 28./29. JANUAR 2012 IN VOGTSBURG

Inhalt

A. Einführung	1
B. Ein Europa für die Bürgerinnen und Bürger	2
Forderung B1	2
Begründung B1	2
Forderung B2	3
Begründung B2	3
Forderung B3	4
Begründung B3	4
Forderung B4	5
Begründung B4	6
C. Mit einem starken Europa aus der Finanzkrise	7
Forderung C1	7
Begründung C1	7
Forderung C2	8
Begründung C2	8
Forderung C3	9
Begründung C3	9
Forderung C4	9
Begründung C4	9
Forderung C5	10
Begründung C5	10
Forderung C6	10
Begründung C6	11
D. Europa in der Welt	12
Forderung D1	12
Begründung D1	12
Forderung D2	12
Begründung D2	13
E. Europäische Energieversorgung	15
Forderung E1	15
Begründung E1	15

1 A. Einführung

2

3 Die Europäische Integration ist eine großartige Erfolgsgeschichte. Die Europäische Union
4 schafft Frieden, Wohlstand und insbesondere für die junge Generation viele
5 wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Chancen. Durch die EU bekommen wir
6 eine Stimme in der Welt für Menschenrechte, Freiheit, Soziale Marktwirtschaft und
7 Umweltschutz.

8

9 Für die JU Südbaden ist ein Europa in Einheit und Vielfalt eine Herzensangelegenheit. Die
10 EU ist mehr als nur ein gemeinsamer Markt sondern unsere Zukunft. Die EU ist auch eine
11 Wertegemeinschaft basierend auf dem christlichen Menschenbild und muss zu einer
12 politischen Union vervollständigt werden. Deshalb müssen wir aus der Krise lernen, den
13 Euro verteidigen und langfristige Mechanismen und Regeln entwickeln, damit die EU für
14 zukünftige Krisen gewappnet ist.

15

16 Viele Staaten und auch Deutschland haben viel zu lange über ihre Verhältnisse gelebt. Wir
17 brauchen eine neue Verantwortungskultur. Der Sinn für die europäische Gemeinschaft
18 muss gestärkt werden und das Streben nach Einzelvorteilen darf nicht auf Kosten der
19 Allgemeinheit geduldet werden. Es darf nicht weggeschaut werden, wenn gegen den
20 Stabilitätspakt verstoßen wird oder ein Land bei den Voraussetzungen für die Aufnahme in
21 die Euro-Zone fragwürdige Zahlen angibt. Mit mehr Transparenz, Stärkung des
22 Europäischen Parlaments und einer Einbindung der Bürgerinnen und Bürger schaffen wir
23 ein Europa der Bürger.

24 **B. Ein Europa für die Bürgerinnen und Bürger**

25

26 Unsere Welt wächst immer mehr zusammen. Gleichzeitig folgt aus dem damit
 27 einhergehenden Komplexitätszuwachs eine zunehmende Einschränkung
 28 nationalstaatlicher Handlungsspielräume. Die Europäischen Union ist mittel- bis
 29 langfristig die einzige Möglichkeit politische Handlungsfähigkeiten zurückzugewinnen.
 30 Daher ist eine Vertiefung der Europäischen Union die richtige politische Entscheidung.
 31 Diese Vertiefung darf aber nicht auf Kosten demokratischer Grundsätze gehen. Gerade die
 32 Bewältigung der Finanzkrise durch die Mitgliedstaaten bei mangelhafter Beteiligung der
 33 Europäischen Institutionen stellt die demokratische Legitimation in Frage.

34

35 Der Bürger ist als Staatsangehöriger und zugleich als Unionsbürger das legitimierende
 36 Subjekt einer demokratisch verfassten Europäischen Union.

37 Für die Junge Union Südbaden ist es daher entscheidend, die Volkssouveränität und damit
 38 den Bürger und seine demokratischen Einwirkungsmöglichkeiten zu stärken. Europa muss
 39 sich daher zu einem Gemeinwesen der Bürger und für die Bürger entwickeln. Nur so kann
 40 auch sichergestellt werden, dass die Menschen sich für die europäische Idee begeistern
 41 und das gemeinschaftliche Projekt mittragen.

42

43 **Forderung B1**

44

45 Die Junge Union Südbaden fordert die Einführung eines neuen europaweiten und
 46 einheitlichen Wahlrechts zum Europäischen Parlament. Wir schlagen dafür eine
 47 Kombination aus Mehrheits- und Verhältniswahlrecht vor mit grenzüberschreitenden
 48 Wahlkreisen. Damit muss auch eine gewisse Europäisierung des bislang nahezu nationalen
 49 Parteiensystems einhergehen. Die EVP macht einen ersten Schritt in diese Richtung, da
 50 hier schon über die Landesgrenzen hinaus versucht wird eine gemeinsame europäische
 51 Partei zu etablieren. So treffen sich bspw. die EVP-Regierungschefs und –
 52 Oppositionsführer vor den Sitzungen des Europäischen Rates, um gemeinsame Positionen
 53 zu besprechen. Darüber hinaus werden EVP-Ministertreffen vor den Treffen der
 54 Fachministerräte organisiert. Es bedarf aber weiterer Unternehmungen, etwa einen
 55 gemeinsamen Spitzenkandidaten bei der Wahl zum Europäischen Parlament.

56

57 **Begründung B1**

58

59 Die Verfassung der Europäischen Union leidet – trotz der deutlichen Verbesserungen
60 durch den Vertrag von Lissabon – an einem demokratischen Defizit. Mit der Einrichtung
61 und dem stetigen Bedeutungszuwachs des Europäischen Parlaments wurde für die
62 demokratisierte Verrechtlichung und letztlich Zivilisierung politischer Herrschaft bereits
63 Historisches erreicht, denn der Parlamentarismus ist die edelste Form demokratischer
64 Gestaltungsmöglichkeit durch den Souverän. Dies gilt auch über die Grenzen eines
65 Nationalstaates hinaus.

66 Ein neues einheitliches und transnationales Wahlrecht würde daher die demokratische
67 Legitimation und damit den politischen Einfluss des Parlaments erheblich steigern.

68 Funktionsbedingung eines neuen europäischen Wahlsystems ist aber die Existenz einer
69 europäischen Öffentlichkeit. Die Junge Union Südbaden verbindet daher mit der
70 demokratischen Stärkung des Europäischen Parlaments zugleich die Erwartung an die
71 Medien, die Öffnung der jeweiligen nationalen Öffentlichkeiten füreinander zu fördern.
72 Nur mittels einer europäischen Öffentlichkeit kann eine demokratische und gleichzeitig
73 transnationale Willensbildung funktionieren und eine europäische Identität gestiftet
74 werden. Das bedeutet, dass nicht nur die europäischen Themen einen festen Platz haben
75 müssen, sondern auch über die politischen Positionen und Debatten anderer
76 Mitgliedstaaten zu den gleichen Themen berichtet werden muss.

77

78 **Forderung B2**

79

80 Die Junge Union Südbaden fordert auf mittel- bis langfristige Sicht zudem die vertragliche
81 Herstellung eines echten politischen und rechtlichen Gleichgewichts zwischen den
82 Institutionen der Europäischen Union, insbesondere zwischen dem Rat der Europäischen
83 Union und dem Parlament. Zudem muss die politische Verantwortlichkeit der Kommission
84 gegenüber dem Parlament vertieft werden. Die aktuelle Herangehensweise des
85 Europäischen Rats muss in diesem Zusammenhang ebenfalls überprüft werden. Hierbei
86 ließe sich an eine Verschränkung mit der Kommission dergestalt denken, dass der
87 Kommissionspräsident zugleich auch ständiger Präsident des Europäischen Rats ist. Das
88 Europäische Parlament braucht ein eigenes Initiativrecht.

89

90 **Begründung B2**

91

92 Die Finanzkrise und das zunehmend intergouvernementale Zusammenwirken fördert eine
93 europapolitische Politikverdrossenheit. Zwar sind verfügen die Minister im Rat der
94 Europäischen Union über eine nationale Legitimation, doch drängen sie regelmäßig das
95 direkt legitimierte Europäische Parlament zur Seite. Ähnliches gilt für den Europäischen
96 Rat, der als Impulsgeber ohne gesetzgeberische Funktion konzipiert wurde. Die
97 Finanzkrise aber zeigt, dass der Europäische Rat, der im Gegensatz zum Rat nicht mit der

98 Mehrheit, sondern einstimmig entscheiden muss, vermehrt als Beschlussorgan verstanden
99 wird. Damit aber wird die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union mittel- bis
100 langfristig aufs Spiel gesetzt. Das Parlament, welches für die Gesetzgebung mit dem Rat
101 der Europäischen Union gleichberechtigt sein soll, läuft Gefahr zwischen diesen starken
102 politischen Institutionen zerrieben und geschwächt zu werden. Die Verbindung des
103 Kommissionspräsidenten mit dem Präsidenten des Europäischen Rats kann helfen in allen
104 Kompetenzbereichen eine einheitliche Position zu erreichen. Zudem würden damit die
105 europäischen Interessen mit den nationalen Interessen zunehmend verkoppelt.
106

107 **Forderung B3**

108
109 Die JU Südbaden fordert den Weg hin zu einer politischen Union weiter voranzugehen. Es
110 muss neues Vertrauen in Europa, seine Akteure und seine Währung geschaffen werden,
111 durch ehrliche und harte Reformen. Am Ende des Weges müssen eine stabile EU und ein
112 stabiler Euro stehen. Dazu bekennen wir uns und dies fordern wir ebenso von den derzeit
113 politisch Handelnden im Sinne unserer Generation.
114

115 **Begründung B3**

116
117 Ein Bekenntnis zu Europa und zur gemeinsamen Währung ist in vielerlei Hinsicht ein
118 Bekenntnis und ein Anerkennen politischer Notwendigkeiten und Realitäten.

119 Dank der Idee eines vereinigten Europas ist es unserer Generation möglich in Wohlstand
120 und Frieden zu leben. Europa mit seiner versöhnenden und ausgleichenden Wirkung hat
121 eine bereits 70 Jahre andauernde Periode des Friedens ermöglicht. Fast drei Generationen
122 haben einen Krieg nie persönlich erleben müssen. Dies ist mit Sicherheit ein großer
123 Verdienst der Europäischen Union.

124 Aber auch ständig neue und starke Akteure in der politischen und wirtschaftlichen Welt,
125 schaffen die Notwendigkeit, sich von Kleinstaaterei hin zu einer politischen Union zu
126 entwickeln. Um eine starke Stimme in der Welt zu behalten muss Europa mit einer Stimme
127 sprechen, sei es in der Außenpolitik, bei Wirtschaftsfragen oder im Extremfalle bei der
128 Befriedung militärischer Konflikte. Ein Europa der zwei Geschwindigkeiten wird dies nie
129 ermöglichen, daher muss ein Europa aller Staaten nach außen hin geschlossen auftreten
130 um seinen Status in der Welt zu erhalten. Jedoch müssen auch Neumitglieder besser
131 integriert werden und eine stärkere Kontrolle von Reformen und Anstrengungen zum
132 Erreichen gemeinsamer Standards, durchgesetzt werden. Ein Europa der einen
133 Geschwindigkeit kann nicht erreicht werden durch einseitige Umsetzung bzw.
134 Übererfüllung von Normen, Gesetzen und Vorschriften oder einer Nichtanwendung dieser
135 durch wiederum andere Staaten. Darüber hinaus gilt es bereits langjährige Mitglieder auch
136 mehr einzubinden und mit ihnen einen stärker pro-europäischen Kurs einzuschlagen. Die

137 jüngsten Wahlerfolge euroskeptischer Parteien und ein britischer Premier der für sein
138 „No“ gefeiert wird, sollten uns zu denken geben wie wir ein Europa der Bürger für die
139 Bürger schaffen können.

140 Den Weg zu einer gemeinsamen Stimme wurde mit der Schaffung gemeinsamer
141 Institutionen und Vertreter in den verschiedensten Bereichen bereits begonnen. Neben
142 der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, der Agrarpolitik und vielen anderen Feldern, muss
143 jetzt die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik vorangetrieben und gestärkt werden.
144 Die Schaffung eines Hohen Vertreters für diesen Bereich kann nur der erste Schritt von
145 vielen noch notwendigen Schritten sein. Gerade auch im militärischen Bereich gilt es
146 stärker von nationalen zu europäischen Lösungen zu kommen. Dass diese Zusammenarbeit
147 funktioniert ist ablesbar an zahlreichen Projekten wie der Zusammenarbeit in der
148 Entwicklung neuer Systeme, wie z.B. Eurofighter, den seit 2005 aufgestellten EU
149 Battlegroups und anderen Projekten.

150 Welche herausragende Bedeutung Europa und der Euro gerade für uns in Baden-
151 Württemberg und insbesondere in Südbaden hat wird deutlich wenn man sich die Zahlen
152 vor Augen führt.

153 Zwei Drittel aller Exporte Baden- Württembergs werden auf dem EU- Binnenmarkt
154 umgesetzt. Durch den Euro und den europäischen Binnenmarkt wird Baden-Württembergs
155 wirtschaftliche Stellung und Position gehalten und sogar weiter ausgebaut. Gerade für die
156 JU Südbaden mit der Grenze zu Frankreich spielen ein freier Binnenmarkt und eine
157 einheitliche Währung eine entscheidende Rolle zur wirtschaftlichen Weiterentwicklung.

158 Trotz unserer aktuellen Krise darf nicht an dieser Entwicklung und unserer
159 Gemeinschaftswährung gezweifelt werden. Eine Rückkehr zur DM verbietet sich. Der Euro
160 hat sich seit über zehn Jahren als harte, beständige Währung bewährt. Die Nichteinhaltung
161 der Stabilitätskriterien durch einzelne Staaten der EU kann nicht zu einem Infrage stellen
162 der gesamten Währungsunion führen.

163 Wir haben eine Schuldenkrise und keine Krise des Euros!

164
165 Unsere Hauptaufgabe als JU Südbaden, einem durch bereits seine geographische Lage
166 europäisch geprägtem Verband, muss das konsequente Eintreten für den Euro und die
167 Europäische Gemeinschaft sein. Wir müssen die Krise in den europäischen Staaten als
168 Schuldenkrise und eine Krise einzelner Begreifen. Es müssen jetzt die Voraussetzungen
169 geschaffen werden, dass sich eine solche Krise nicht wiederholen kann. Die Krise muss als
170 Chance verstanden werden, Europa weiterzuentwickeln, seine Institutionen zu stärken und
171 die Gemeinschaft zu einer wirklichen und auch von den Bürgern gewollten Institution zu
172 machen. Diese Ziele zu erreichen wird ein schwieriger Weg, er ist jedoch notwendig um
173 Europa zu stärken und den Menschen näher zu bringen.

174

175 **Forderung B4**

176

177 Die Junge Union Südbaden möchte Europa zu einem „Europa der Bürger“
178 weiterentwickeln. Ein Mittel zur stärkeren Identifikation mit Europa soll nach Auffassung
179 der Jungen Union Südbaden die Direktwahl des Kommissionspräsidenten durch alle EU-
180 Bürger sein.

181

182 **Begründung B4**

183

184 Betrachtet man das Interesse der EU-Bürger an Europa, kann man immer wieder
185 feststellen, dass die meisten Europäer die Nationalstaaten deutlich in den Vordergrund
186 ihres Interesses stellen. Europa ist für viele, gerade auch junge Menschen, eine ferne
187 Institution, mit der sie vielfach hauptsächlich Bürokratie verbinden. Beispielsweise lag die
188 Beteiligung an der Europawahl im Jahre 2009 lag in der Bundesrepublik Deutschland
189 lediglich bei 43,3 Prozent. Europaweit die Wahlbeteiligung bei 43 Prozent. Dies ist Zeugnis
190 eines fehlenden Interesses der Unionsbürger an der Politik der Europäischen Union. In der
191 aktuellen Euro-Krise, bei der es notwendig geworden ist andere Euro-Staaten finanziell zu
192 unterstützen, zeigt sich in Umfragen, dass das Potential für eine europafeindliche Partei
193 auch in Deutschland besonders hoch ist. Vielen Menschen fehlt ganz einfach eine
194 Identifikation mit Europa. Die Vorteile, die Europa gerade für die Bundesrepublik
195 Deutschland in vielen Bereichen mit sich bringt, werden dabei oft gänzlich übersehen.
196 Auch jungen Menschen, die beispielsweise in der Schule oder der Universität durch
197 europäische Austauschprogramme viele neue Erfahrungen sammeln konnten, fehlt
198 dennoch ein europäisches Zusammengehörigkeitsgefühl.

199 Die Idee Europas müsste aus dieser Perspektive betrachtet eine breite Zustimmung und
200 eine hohe emotionale Verbundenheit innerhalb der Bevölkerung Europas haben. Dennoch
201 ist die Realität, wie eingangs beschrieben, eine andere.

202

203 Die Junge Union Südbaden sieht den Grund dieser Ablehnung trotz der vielfältigen
204 Vorteile der Europäischen Union insbesondere auch in der als zu gering empfundenen
205 demokratischen Beteiligungsmöglichkeit. Durch das ausgesprochen komplexe Wahlsystem
206 und die intransparente Aufstellung der EU-Kommission fehlt für viele der Grund sich für
207 Europa zu interessieren. Deshalb fordert die Junge Union Südbaden als ersten Schritt die
208 Direktwahl des Kommissionspräsidenten. Durch eine solche Wahl, die einen europaweit
209 stattfindenden Wahlkampf zur Folge hätte, würden sich mehr Menschen mit dieser Wahl
210 auseinandersetzen. Die verschiedenen Fraktionen im Europaparlament wären gezwungen
211 charismatische Persönlichkeiten aufzustellen um einen Wahlsieg erringen zu können.
212 Damit würde die gesamte EU-Kommission aufgewertet und das Interesse an der Arbeit der
213 EU wird gesteigert.

214 C. Mit einem starken Europa aus der Finanzkrise

215

216 Forderung C1

217

218 Die Junge Union Südbaden begrüßt die Ergebnisse des Brüsseler EU-Gipfeltreffens und die
219 Verabschiedung des „Fiskalpakts“. Die politischen Beschlüsse sind erste und wichtige
220 Schritte zu einer Fiskal- und Stabilitätsunion, nach der die Mitgliedstaaten zu einer
221 nachhaltigen Finanz- und Haushaltspolitik verpflichtet werden. Allerdings genügt die
222 bisherige rechtliche Lösung noch nicht. Daher fordert die Junge Union mit Nachdruck die
223 getroffenen Beschlüsse so schnell wie möglich in die Verträge zu übernehmen. Sollte dies
224 nicht möglich sein, müssen alle weiteren rechtlichen Mittel, etwa über das Sekundärrecht,
225 herangezogen werden. Mittel- bis langfristig sind die Kompetenzen der Europäischen
226 Kommission weiter zu stärken, sodass dieser umfassende Kontrollrechte der nationalen
227 Haushalte zugestanden werden. Wir fordern die Einführung einer Stabilitätsaufsicht bei
228 der Europäischen Kommission. Als letzte Möglichkeit muss die Kommission auch
229 Vollzugsmöglichkeiten in den Mitgliedstaaten erhalten. Die Quote der Schuldenbremse
230 soll langfristig zudem von 0,5 auf 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts angehoben
231 werden.

232

233 Begründung C1

234

235 Die Beschlüsse sehen erstmalig weitreichende Kontrollkompetenzen vor. Nunmehr wird
236 das Defizitverfahren des Stabilitäts- und Wachstumspakts quasi-automatisch
237 funktionieren. Eine Abwehr eines derartigen Verfahrens bedarf nunmehr einer
238 qualifizierten Mehrheit, damit sich Defizit-Sünder ihrer gesamteuropäischen
239 Verantwortung stellen müssen. Auch die Schuldenbremse und die Pflicht zum
240 Schuldenabbau für Staaten mit einer Schuldenlast von mehr als 60 Prozent ihres
241 Bruttoinlandsprodukts sind wichtige Schritte hin zu einer Stabilitätsunion. Jeder Staat, der
242 über der Schuldenquote liegt muss in Zukunft jedes Jahr 5 Prozent der über 60 Prozent
243 liegenden Schulden abbauen.

244 Allerdings gehen die Beschlüsse sowohl in der Sache als auch in der Umsetzung nicht weit
245 genug. So soll die Schuldenbremse in den Mitgliedstaaten bei maximal 0,5 Prozent des
246 Bruttoinlandsprodukts liegen, während die deutsche Schuldenbremse mit 0,35 Prozent
247 deutlich strengere Regeln vorgibt. Deutschland hat aus der Schuldenpolitik von Rot-Grün
248 gelernt, dass nur sehr strenge Regeln langfristig die Schuldenprobleme der
249 Mitgliedstaaten lösen können.

250 Die rechtliche Umsetzung des Fiskalpakts mag zwar politisches Gewicht haben, es fehlt
251 ihm aber an rechtliche Durchschlagskraft. Denn die meisten Beschlüsse, etwa zum EU-
252 Defizitverfahren, werden nur in einem völkerrechtlichen Vertrag geregelt. Dieser ist aber
253 im Konfliktfall rechtlich unwirksam, soweit er dem bestehenden Art. 126 AEUV (Vertrag
254 über die Arbeitsweise der Europäischen Union) widerspricht. Das bedeutet, dass letztlich
255 für die Einleitung eines Defizitverfahrens oder die Verhängung besonders schwerer
256 Sanktionen weiterhin eine qualifizierte Mehrheit der Mitgliedstaaten erforderlich ist.
257 Damit wird das mit dem zwischenstaatlichen Vertrag („17-Plus“ bzw. „27-Minus-Eins“)
258 angestrebte quasi-automatische Verfahren wieder konterkariert. Auch hier kann aber
259 zumindest teilweise die Haushaltsaufsicht über die Änderung des Sekundärrechts – wie
260 bereits teilweise geschehen – verschärft werden. Daneben gibt es etliche
261 haushaltspolitische Selbstverpflichtungen, wie etwa die nationalen Schuldenbremsen, die
262 letztlich nur politische Willenserklärungen sind. Diese könnten bereits jetzt mittels des
263 Sekundärrechts Verbindlichkeit erlangen.

264 Echte Rechtssicherheit bietet aber nur eine Änderung der Unionsverträge. Darauf haben
265 die Mitgliedstaaten im Europäischen Rat dringen hinzuwirken.
266

267 **Forderung C2**

268

269 Der Stabilitäts- und Wachstumspakt muss um eine Insolvenzordnung für Staaten ergänzt
270 werden, für den Fall, dass Aufsichtsmaßnahmen nicht mehr ausreichen.

271

272 **Begründung C2**

273

274 Ein wesentlicher Punkt der im Vertrag von Maastricht nicht vorkommt ist eine
275 Insolvenzordnung für Staaten. Dass wir eine solche Ordnung benötigen, hätte spätestens
276 nach der Argentinienkrise 1998 klar sein müssen. Da der Stabilitäts- und Wachstumspakt
277 den Fall einer Staatsinsolvenz nicht und entsprechend keine Insolvenzordnung vorsieht
278 konnte aufgrund des fehlenden Ordnungsrahmens die Griechenlandkrise in dieser Form
279 eskalieren.

280 Daher muss der Stabilitätspakt um eine Insolvenzordnung ergänzt werden. Diese Ordnung
281 ersetzt dann die normative politische Entscheidung, die die Märkte extrem verunsichert
282 durch eine positive Entscheidung nach klaren Kriterien. Dies setzt den Staaten klare
283 Anreize ihre Haushalte zu konsolidieren und gibt gleichzeitig den Finanzmärkten klare
284 Kriterien vor, wie in der Eurozone verfahren wird.

285

286 **Forderung C3**

287

288 Die Einführung von Eurobonds lehnen wir ab. Stattdessen soll das vom
289 Sachverständigenrat vorgeschlagene Alternativmodell geprüft werden.

290

291 **Begründung C3**

292

293 Zeitlich unbegrenzte gemeinsame Staatsanleihen setzen völlig falsche Anreize. Die
294 Regierungen der Mitgliedsstaaten können größtenteils billiger Schulden machen als
295 bisher, was zu einer weiteren Zunahme der Staatsverschuldung führen wird. Damit lösen
296 wir die Haushaltskrisen nicht sondern verschärfen sie. Trotzdem werden wir zur Lösung
297 der aktuellen Problematik einen Ausgleichsmechanismus und eine gemeinsame Lösung
298 der Schuldenkrise benötigen, alles andere wäre unrealistisch. Daher soll das
299 Alternativmodell des Sachverständigenrats geprüft werden, das vorsieht dass die
300 Staatsverschuldung die heute 60% des BIP eines Landes übersteigt von einem Fonds
301 übernommen wird, dem alle Eurozonenländer, ausgenommen die Programmländer,
302 angehören. Dieser Fonds muss innerhalb von 20 Jahren von den Mitgliedsstaaten getilgt
303 werden, was zum einen zu einem konsequenten Abbau der Staatsverschuldung führt und
304 zum anderen die gemeinsame Verantwortung, die zur Lösung der aktuellen Krise nicht
305 vermeidbar sein wird, zeitlich und quantitativ auf die aktuelle Krise begrenzt.

306 In Kombination mit der Schuldenbremse die ab dem Zeitpunkt der Ablösung des Fonds gilt
307 schaffen wir so eine verantwortungsvolle und realistische Lösung ohne falsche Anreize.
308 Wir bringen also gemeinsam die Staatsverschuldung auf die Obergrenze der Maastricht
309 Kriterien zurück, auf dem sie dann mit der Schuldenbremse bleibt.

310

311 **Forderung C4**

312

313 Die JU Südbaden fordert eine am besten europaweite Finanztransaktionssteuer. Die
314 Einnahmen fließen in den EU-Haushalt. Das ist der erste Schritt hin zu der Einführung
315 eines europäischen Steuersystems.

316

317 **Begründung C4**

318

319 Die Europäische Kommission hat sich in der mittelfristigen Finanzplanung 2014-2020 für
320 eine Finanztransaktionssteuer ausgesprochen und einen Gesetzentwurf vorgelegt, der
321 0,1% Steueranteil des Umsatzes beim Kauf von Aktien und Anleihen sowie 0,01% beim
322 Kauf von Derivate vorsieht. Aufgrund des geringen Steuersatzes ist die Gefahr der
323 Verlagerung von Börsengeschäften relativ gering. Hochspekulative Geschäfts würden
324 damit reduziert und die Kapitalmärkte stabilisiert werden. Eine solche Steuer brächte
325 genauso viele Einnahmen wie die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 1%. Die Beteiligung
326 der Finanzmärkte an den öffentlichen Aufgaben ist auch gerecht. So könnten zukünftig
327 europäische Strukturanpassungen für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft und
328 Investitionen wie z.B. in Infrastrukturprojekte, neue Stromleitungen und in die Erzeugung
329 Regenerativer Energien, unterstützt werden. Die Einführung muss zeitnah erfolgen. Wenn
330 dies nicht EU-weit möglich sein sollte, müsste dies zumindest in der Euro-Zone passieren.

331

332 **Forderung C5**

333

334 Langfristig müssen globale Mindestregeln an den Finanzmärkten vereinbart werden, wie
335 z.B. das Verbot ungedeckter Leerverkäufe und eine globale Transaktionssteuer. Die
336 Grundlagen menschlicher Versorgung wie z.B. Nahrungsmitteln dürfen nicht Gegenstand
337 wilder Spekulationen werden. Hierfür sind mehr Transparenz, Kontrollen und Aufsicht
338 nötig.

339

340 **Begründung C5**

341

342 Nicht nur die Finanzmärkte sondern auch die Volkswirtschaften sind global verflochten
343 und voneinander abhängig. Es besteht die Gefahr, dass ein gefallener Staat andere
344 mitreißt. Es gibt somit eine gemeinsame Verantwortung der Staaten in einem bisher
345 regellosen Markt. Mit globalen Mindeststandards gewinnt die Politik ihre
346 Regelungskompetenz zurück und kann überall die gleichen Wettbewerbsregeln einrichten.
347 Wenige Spekulanten dürfen nicht ganze Volkswirtschaften und Währungen erschüttern
348 lassen. Damit könnte auch Geldwäsche und Korruption besser bekämpft werden.

349

350 **Forderung C6**

351

352 Die Junge Union Südbaden lehnt es ab, den Ratingagenturen die Bewertung von Staaten
353 zu verbieten. Die Junge Union Südbaden hält mehr Transparenz und Wettbewerb im

354 Bereich der Ratingagenturen für unverzichtbar. Die Junge Union Südbaden fordert aber
355 die Einführung verbindlicher Anforderungen an die Darlegung der Bewertungsmaßstäbe.
356 Die Junge Union Südbaden verlangt, eine unabhängige europäische Ratingagentur
357 aufzubauen.

358

359 **Begründung C6**

360

361 Die Bewertung der Bonität von Schuldern ist in der sozialen Marktwirtschaft
362 unverzichtbar. Zugleich stellt die Bonitätsprüfung von Staaten durch Ratingagenturen eine
363 unabhängige Kontrolle der Staatsfinanzen dar. Aus diesem Grund lehnt die Junge Union
364 Südbaden ein Verbot der Bewertung von Staaten durch Ratingagenturen ab.

365 Allerdings ist erforderlich, dass die Ratingagenturen ihrer Verantwortung bewusst sind
366 und in dieser Verantwortung handeln. Verantwortliches Handeln erfordert eine
367 Bonitätsbewertung auf der Grundlage der langfristigen Entwicklung der Staaten und nicht
368 eine Ausrichtung an den Zielen kurzfristig orientierte Spekulanten. Um die
369 Bewertungsmaßstäbe nachvollziehen zu können, ist eine Darlegung dieser unerlässlich.
370 Dabei muss klar zwischen nachvollziehbaren finanzmathematischen
371 Bewertungsgrundlagen und einem Meinungsteil getrennt werden.

372 Gegenwärtig wird die Bonitätsbewertung durch die drei großen US-amerikanischen
373 Ratingagenturen Standard & Poor's, Moody's und Fitch Ratings beherrscht.

374 **D. Europa in der Welt**

375

376

377 Die Europäische Union ist ungeachtet der aktuellen Finanzkrise weiterhin ein
 378 wirtschaftlicher Global Player. Die Europäische Union ist aber mehr als nur eine
 379 ökonomische Zweckgemeinschaft. Sie steht für Grundwerte wie die Achtung der
 380 Menschenwürde, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Davon zeugen etwa die
 381 vielfältigen Bemühungen der Europäischen Union im Rahmen von zahlreichen Friedens-
 382 und Rechtsstaatsmissionen. Als Gemeinschaft von über 500 Millionen Menschen kommt
 383 der Europäischen Union auch weltweit ein politisches Gewicht zu. Dies spiegelt sich aber
 384 nur teilweise in der internationalen Gemeinschaft wider.

385

386 **Forderung D1**

387

388 Die JU Südbaden fordert, dass die Europäische Union künftig einen eigenen, ständigen Sitz
 389 im UNO-Sicherheitsrat wahrnimmt.

390

391 **Begründung D1**

392

393 Eine Harmonisierung bzw. eine echte Abstimmung innerhalb der Europäischen Union wird
 394 kaum möglich sein, solange zwei Mitgliedstaaten einen ständigen Sitz im UNO-
 395 Sicherheitsrat haben, aber wesentlich mehr europäische Staaten die gemeinsame
 396 Außenpolitik mitgestalten. Eine Reform der UNO erscheint jedoch mittelfristig mehr als
 397 Wunschtraum. Daher wird eine schnelle Einigung innerhalb der EU nur dann möglich,
 398 wenn Europa auch in diesem Gremium mit einer, nämlich einer einzigen Stimme spricht.
 399 Eine Verringerung des europäischen Einflusses ist damit nicht verbunden - im Gegenteil:
 400 Ein einig auftretendes Europa wird beträchtlich mehr Einfluss erhalten! Dieser Einfluss ist
 401 auch unter demographischen Gesichtspunkten wichtig. Während die europäischen
 402 Mitgliedstaaten in den nächsten Jahrzehnten einen teilweise dramatischen
 403 Bevölkerungsschwund erleiden werden, wächst die globale Bevölkerung weiter. Nur ein
 404 gemeinsam auf der internationalen Bühne auftretendes Europa wird dauerhaft den
 405 notwendigen Einfluss gegenüber den USA, China, Brasilien oder Indien sichern können.
 406 Gleichzeitig soll es eine enge Abstimmung der Europäischen Union mit den
 407 transatlantischen Partnern, insbesondere den USA, geben.

408

409 **Forderung D2**

410

411 Die JU Südbaden fordert, die langfristig die vollständige Übertragung der nationalen
412 Entwicklungshilfepolitik auf die europäische Ebene. Mittelfristig ist die Schaffung einer
413 Entwicklungshilfeagentur anzustreben, welche die Entwicklungshilfepolitik und die
414 jeweiligen Projekte der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten koordiniert. Ziel der
415 Entwicklungshilfe muss es sein, die Ärmsten der Welt zu unterstützen. Dabei müssen
416 Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit, die Bekämpfung von Korruption
417 sowie eine nachhaltige Verknüpfung von Ökologie und Ökonomie im Fokus der Förderung
418 stehen. Nur so kann nachhaltiges Wachstum entstehen.

419

420 **Begründung D2**

421

422 Die Entwicklungshilfe ist und bleibt auch weiterhin angesichts der globalen
423 Herausforderungen wie Armut, fehlende Bildung, eine nicht existente
424 Gesundheitsversorgung, Nahrungsknappheit und Klimawandel eine wichtige Aufgabe.
425 Entwicklungshilfepolitik ist daher auch ein Beitrag zu weltweiter Stabilität und Wohlstand,
426 der auch zu unserer Sicherheit beiträgt. Bereits jetzt ist die EU als Ganzes mit einem Anteil
427 von über 50% (insgesamt fast 54 Milliarden Euro) der größte Geber der Welt. Neben der
428 EU-Kommission, die mit einem Anteil von 11 Milliarden weltweit auf Rang zwei liegt,
429 investieren auch die Mitgliedstaaten beträchtliche Beträge zum Zwecke der
430 Entwicklungshilfe. Trotz der vertraglichen Verpflichtung zur Koordinierung der
431 Hilfsprogramme ist eine tatsächlich wirksame Koordinierung in der
432 Programmierungsphase nicht die Regel sondern vielmehr die Ausnahme. Daher muss
433 schrittweise eine Synchronisierung zwischen den einzelnen Programmen erfolgen, um eine
434 effektive und effiziente Förderung gewährleisten zu können. Mit dem Lissabonner Vertrag
435 und den neuen institutionellen Strukturen in der europäischen Außen- und
436 Sicherheitspolitik aber auch mit den neuen Zuständigkeiten der EU in den für die
437 Entwicklungshilfe relevanten Bereichen, ist die Entwicklungshilfe bereits eine bessere
438 Grundlage geschaffen worden. Mit einer europäischen Entwicklungshilfe-Agentur kann
439 mittelfristig eine weitere Intensivierung und Verbesserung gelingen, ohne die Interessen
440 der Mitgliedstaaten zu vernachlässigen. Hier ist auch die institutionelle Einbeziehung von
441 Nichtregierungsorganisationen möglich und notwendig. Eine langfristige Bündelung der
442 entwicklungspolitischen Vorgänge und Initiativen auf europäischer Ebene stellt neben
443 einer Verwaltungs- und Kostenersparnis auch einen Effizienzgewinn dar. Gleichzeitig
444 steigt mit einer gebündelten Entwicklungshilfe auch das politische Druckpotential, um die
445 Einhaltung der Menschenrecht und effizientes Regierung (Good Governance) in
446 Entwicklungsländern zu erreichen. Letztlich ist dies insgesamt auch eine Stärkung der
447 gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Die Neuausrichtung der EU-
448 Entwicklungshilfe (Agenda für den Wandel) wird von uns ausdrücklich begrüßt. Die
449 Bindung der Hilfen an die Einhaltung von Menschenrechten, Demokratie und
450 Rechtsstaatlichkeit, aber auch die strenge Berücksichtigung ökologischer und

451 ökonomischer Gesichtspunkte schafft die politischen und gesellschaftlichen Bedingungen,
452 um Entwicklungshilfe langfristig überflüssig zu machen. Nur so kann Entwicklungspolitik
453 als Hilfe zur Selbsthilfe funktionieren.

454 Richtig ist auch die Unterstützung der Länder, die am stärksten auf Hilfe von außen
455 angewiesen sind. Schwellenländer wie China, Brasilien oder die Türkei bedürfen nicht
456 mehr einer umfangreichen finanziellen wie ideellen Unterstützung.

457 **E. Europäische Energieversorgung**

458

459 **Forderung E1**

460

461 Die JU Südbaden fordert ein europäisches Energiekonzept. Hierzu bedarf es umfassender
462 Kompetenz der EU im Energiebereich. Kernpunkte eines Energiekonzepts auf Europäischer
463 Ebene sind der Ausbau der europäischen Energienetze, insbesondere der
464 Grenzkuppelstellen und die Schaffung eines europaweit einheitlichen Fördersystems für
465 Erneuerbare Energien, sowie Investitionen in die Energieforschung.

466

467 **Begründung E1**

468

469 Nur durch ein einheitliches europäisches Fördersystem kann erreicht werden, dass die
470 Förderung dort hingelangt, wo sie den größten Nutzen bringt. Beispielsweise sollte die
471 dezentrale Erzeugung von Sonnenenergie nur dort gefördert werden, wo es die meisten
472 Sonnenstunden gibt und nicht dort, wo es die höchste Förderung gibt. Auch können die
473 Schwierigkeiten der erneuerbaren Energien durch zentrale Lösungen wie einen
474 europäischen und überregionalen Netzausbau besser bewältigt werden, indem regionale
475 Erzeugungsüberschüsse von Regenerativen Energien (Wasser: Nordeuropa, Sonne:
476 Nordafrika, Südeuropa) auch in wirtschaftlich

477 starke Regionen transportiert werden. Ein europäischer Energiebinnenmarkt wird nur
478 funktionieren, wenn eine grenzüberschreitende Energieinfrastruktur vorhanden ist. Dazu
479 gehört der Ausbau der Grenzkuppelstellen, wie auch die Modernisierung unserer Netze
480 sowohl auf der Verteil- als auch auf der Übertragungsebene.

481 Um die erzeugte Energie zu handeln, ist eine europäische Energiebörse notwendig.
482 Außerdem bedarf es einer europäischen Förderung der Energieforschung, damit die EU
483 und ihre Mitgliedsstaaten weiter führend in Innovation und Technologieoffenheit sind.